

„Volksentscheid“ als Wahlersatz?

Offener Betrugsversuch der SED — Empörte Reaktion in den Betrieben

Berlin (Eigenmeldung). Die SED-Presse hat sich bemüht, westliche Zeitungsmeldungen über schwere Auseinandersetzungen zwischen SED-Funktionären und Betriebsarbeitern zu dementieren oder zu bagatellisieren. Die Form, in der dies geschah, bewies, daß die Staatspartei in ihrem neuen großen Politmanöver unsicher geworden ist. Wochenlang hatte die SED versucht, freie Wahlen als „faschistische Lösung“ und deutschen Interessen widersprechend zu diskriminieren. Als Endcoup beschloß sie, einen „Volksentscheid“ unter dem Motto „EVG oder Friedensvertrag“ durchzuführen. Allein bereits bei der vorsichtigen Ankündigung dieses Volksbetrugs kam es zu den schweren Auseinandersetzungen zwischen Partei und Bevölkerung, die man nicht durch bagatellisierende Dementis aus der Welt schaffen kann.

Für wie gefährlich die SED selbst die Situation hält, geht daraus hervor, daß die Agitationskampagne „Volksentscheid“ zunächst zurückgestellt und eine Propaganda-Kampagne gegen die EVG „zwischengeschaltet“ wurde.

Den ersten Anlaß zu der gegenwärtig in der Zone herrschenden gespannten Stimmung gab die Verlegung der SED-Kreisdelegiertenkonferenzen in die Großbetriebe. Hier wurde versucht, jede Diskussion über Fragen der Berliner Konferenz oder der Wiedervereinigung Deutschlands auszuschalten und die Debatten lediglich auf Fragen der Vorbereitung des SED-Parteitags zu beschränken. Als Mitglieder und Funktionäre dagegen verlangten, man müsse auch zum Thema „Freie Wahlen“ Stellung nehmen, weil die Bevölkerung den Genossen überall die Diskussion darüber aufzwingen, wurde ihnen erklärt: „Wer freie Wahlen fordert, ist ein Faschist! Die Bevölkerung steht einmütig hinter den Vorschlägen Molotows!“ Bereits auf den Parteikonferenzen kam es darüber zu erregten Auseinandersetzungen.

Erste Bedeutung

Da es sich um interne Parteikonferenzen handelte, waren die

Verhäteten also Mitglieder und Funktionäre der SED. Die hier geführten Diskussionen und die Stellungnahme der Partei zu den freien Wahlen gingen wie ein Lauffeuer durch die Betriebe. Als die SED-Presse öffentlich die Forderung nach freien Wahlen diskriminierte und SED-Agitatoren unter der Belegschaft in dieser Richtung argumentierten, kam es zu den Zwischenfällen, die bis heute anhalten und für die Partei und ihre Regierung eine ernste Bedeutung haben.

Es hat Teilstreiks und Zusammenstöße in der Zone gegeben, die man nicht beachtet hat, weil keine konkreten Nachrichten darüber erschienen. Diese Aktionen als einen neuen Volksaufstand zu bezeichnen, käme niemandem in den Sinn. Fest steht aber, daß sich die SED in eine Situation hineinmanövriert hat, aus der sehr große Spannungen entstehen können, wenn man die Geduld und Beherrschung der Arbeiter weiter in der bisher geschehenen Weise provoziert.

„Geladene Stimmung“

Die Stimmung in den ostzonalen Großbetrieben ist geladen. Wer freie Wahlen fordert, wird als westlicher Agent oder als Nazi beschimpft, un-

geachtet, ob er SED-Mitglied ist oder KZ-Insasse war. Und da es in der Zone gegenwärtig kein anderes Gesprächsthema als die freien Wahlen gibt, läßt sich auch für den fernstehenden Beobachter ermesen, was die SED angerechnet hat.

Die Staatspartei versuchte es mit einem Trick. Um von dem Thema „Freie Wahlen“ abzulenken, begann sie einen „Volksentscheid“ zu propagieren. Die Bevölkerung begriff aber sofort, was dies bedeuten würde: Volksentscheid heißt Verzicht auf freie Wahlen, Verzicht auf freie Wahlen heißt SED-Herrschaft weiter auf unbestimmte Zeit!

Die Reaktion der Bevölkerung läßt sich im einzelnen noch nicht übersehen. Aber: Warum befinden sich SED und Volkspolizei seit dem 17. Dezember im permanenten Alarmzustand? Warum wurden Waffen und Lebensmittellreserven in die Großbetriebe geschafft und sogenannte „Kampfgruppen“ aufgestellt? Warum hat die SED den Reiseverkehr nach Berlin gedrosselt und warum werden Personenzüge von starken SED-Kommandos durchsucht? Warum werden die angekündigten Berichte über die übrigen SED-Kreisdelegiertenkonferenzen in der SED-Presse nicht veröffentlicht?

Niemand will, daß es in der Zone zu neuen Unruhen oder gar einem neuen Volksaufstand kommt. Aber gerade ein so entscheidendes Problem wie die freien Wahlen kann nicht durch sattsam bekannte und als Fälschung überführte „Volksentscheide“ unterdrückt werden. Weder im Westen noch im Osten Deutschlands wird man eine derartige Aktion unwidersprochen hinnehmen.

J. B. Gradl:

Zwanzig Tage nachher

Man muß sich gerade jetzt daran erinnern: Nahezu zwei Jahre hindurch wurden insgesamt rund zwanzig Noten zwischen den Westmächten und der Sowjetunion gewechselt, um eine Viermächteberatung über die deutsche Frage zustande zu bringen. Die Vernunft mahnte zwar — und mit Recht —, daß man sich angesichts der bisherigen Erfahrungen mit den sowjetischen Verhandlungsgegnern keinen leichtfertigen Hoffnungen hingab. Niemand erwartete denn auch, daß die gegenwärtige Konferenz gewissermaßen mit einem Schlag die ersehnte Lösung bringen würde. Andererseits hatte (und hat) jedermann das richtige Gefühl, daß — da sowohl Gewalt wie auch Resignation als Lösungsmittel ausscheiden — der Frieden im Herzen Europas nur mit Miteinanderreden und im politischen Angleichen und Ausbalancieren der Interessen aller Beteiligten einschließlich des wiederzuvereinenden Deutschlands gefunden werden kann.

Gefahr der Enttäuschung

So konzentrierten sich schließlich Hoffnung und Erwartung weithin in der Welt, insbesondere auch in Deutschland, auf diese Konferenz. Wenn deshalb die Konferenz für die Lösung ihres deutschen Kernproblems nicht zumindest einen überzeugenden Anfang schafft, dann wäre tiefe Enttäuschung die Folge.

Zwanzig Tage sind vergangen, seit die vier Außenminister sich in Berlin zur ersten Beratung zusammengesetzt haben. Alle drei Punkte der Tagesordnung sind bereits in voller Erörterung — internationale Entspannung, Deutschland, Österreich. Aber so wenig ist bisher ein Weiterkommen zu echten Lösungen erkennbar, daß bereits in der internationalen Öffentlichkeit die Schuldfrage für ein etwaiges Scheitern der Konferenz erörtert wird. Ein schlechtes Zeichen, und es ist unverkennbar, daß von Punkt zu Punkt und beinahe mit jedem Ver-

handlungstag die Hoffnungen zurückgeschraubt werden mußten.

Zunächst konnte man sich damit trösten, daß bei solchen Konferenzen die Verhandlungspartner immer harte Ausgangspositionen beziehen, weil jeder zwar viel erreichen, aber wenig nachgeben will. Aber mittlerweile sind rund drei Wochen vergangen. Es gibt Konferenzbeobachter, die bereits ihre Feder spitzen, um selbstgefällig festzustellen: Haben wir es nicht immer gesagt, daß diese Konferenz keinen Erfolg haben konnte! (Ob sie auch so selbstgefällig urteilen, wenn sie in Dresden oder Stralsund lebten?) Und es gibt das andere Extremere, die sich mit der Feststellung zu trösten suchen, daß die Konferenz wenigstens die Ausgangsstellungen der beiden Seiten klargemacht und damit Klarheit für weitere Bemühungen geschaffen habe.

Für diese Auffassung spricht vielleicht einiges, aber sie hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß von der Konferenz auf Grund ihrer Vorgeschichte, ihrer Aufgabe und ihrer geschichtlichen Verantwortung viel mehr geleistet werden müßte, als jedenfalls bisher geschehen ist: Geheimbesprechungen über eine problematische Fernostkonferenz, ein westlicher Plan für freie Wahlen, den der sowjetische Außenminister nicht einmal in seine Diskussion einbezogen hat, und im übrigen sehr einseitige sowjetische Pläne und neue Konferenzvorschläge.

Versäumte Bewährungsprobe

Punkt drei der Tagesordnung, der Vertrag über Österreich, war mit besonderer Spannung erwartet worden. Hier lag bereits ein fertiger Vertrag vor, nur zweifrangige Punkte waren noch offen, und außerdem ging es nicht um das für gefährlich gehaltene Siebzigmillionenvolk der Deutschen, sondern um sechs Millionen Österreicher, die nicht einmal als Kriegsgegner gelten. Österreich konnte der Probefall sein, an dem die sowjetische Politik ihre Bereitschaft zu einem neuen außenpolitischen Start hätte demonstrieren können. Statt dessen eine Erklärung Molotows am letzten Freitag, die wieder auf eine Vertagung hinausläuft und in der der verblüffende Satz steht: „Die Sowjetregierung hält

es für erforderlich, daß die USA und Großbritannien ihre Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag mit Italien in bezug auf das freie Territorium Triest erfüllen.“ Wenn wie hier Dinge verwickelt werden, die sachlich nichts miteinander zu tun haben, dann kann sich der Krenn nicht wundern, daß daraus der Schluß gezogen wird: Die sowjetische Politik will nur weiter verschleppen, sie will also jetzt keine Lösung.

Gretchenfrage: Freie Wahlen

Ein häufiges Wort der sowjetischen Vertreter lautet: „Man kann darüber diskutieren.“ Unterstellen wir einmal, daß darin echter Wille zum Meinungsaustausch, und zwar mit dem Ziel nicht des Überspiels, sondern der konstruktiven Verständigung zum Ausdruck kommen soll. Dann kann man nur sagen, daß die sowjetischen Stellungnahmen aus einer völlig falschen Vorstellung von der Situation und dem Willen der westlichen Welt und des freihheitlichen Deutschlands erwachsen. Zum anderen: daß die Sowjets sich bisher offensichtlich nicht zu der Einsicht haben durchringen können (hoffentlich können sie es jemals), daß es keine Lösung insbesondere der deutschen Frage geben kann, in der alles Risiko und aller Verzicht nur von der anderen Seite getragen werden. Am auffälligsten in dem ganzen bisherigen Konferenzverlauf ist vom deutschen Standpunkt aus die Tatsache, daß der sowjetische Außenminister sich einer klaren Antwort auf die Frage, wie er es mit freien Wahlen halte, immer entzogen hat. Er hat einmal von Wahlen gesprochen. Er hat auch als sowjetischen Plan die Benennung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung genannt, die Wahlen vorbereiten und durchführen soll. Zugleich jedoch haben er selbst und — natürlich mit sowjetischem Einvernehmen — die Pankower Regierung den Begriff der Wahlen so erläutert, daß aus freien Wahlen volksdemokratische Abstimmungsvorgänge sattsam bekannten Musters wurden.

Daß bei freien Wahlen die kommunistische Position in der Sowjetzone und damit auch im vereinigten Deutschland ent-

(Fortsetzung auf Seite 3)

17 Millionen wären frei

(Fortsetzung von Seite 2)

scheidend geschwächt würde, das ist selbstverständlich. Und daß der frei gewählte politische Stil eines vereinigten Deutschlands dem der westlichen Demokratien entsprechen würde, ist ebenfalls unbestreitbar. Freie Wahlen bedeuten also, daß die Sowjets für die Sowjetzone mit siebzehn Millionen Deutschen den Auszug aus dem kommunistischen Gehege freigeben. Infolgedessen würde man verstehen haben, wenn der sowjetische Außenminister etwa als Antwort auf den ausgezeichneten Eden-Plan gefragt hätte: wenn wir freien Wahlen zustimmen, welche Gewähr erhält dann die Sowjetunion, daß das um die Sowjetzone vergrößerte Deutschland (sowjetisch ausgedrückt) „nicht Bestandteil einer westlichen Aggression wird“? Nicht einmal in diesem konditionalen Sinne hat Molotow eine Spur sowjetischer Bereitschaft zu echten freien Wahlen erkennen lassen. Sogar dann nicht, als die Westmächte sich einverstanden erklärten, die Wahlaufsicht unter neutralem Vorsitz gemeinsamen Ausschüssen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR zu übertragen. Statt dessen hat Molotow einen europäischen Pakt vorgeschlagen und dabei in der Begründung des Paktes gesagt: „Es versteht sich von selbst, daß man bei der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit dem Umstand Rechnung tragen muß, daß Deutschland vorläufig in zwei Teile gespalten bleibt...“

Der Kern des Problems

Nun gehört das Sicherheitsproblem zweifellos zum Kern des Problems, das diese Konferenz zu lösen hat. Und seit der bekannten Unterhausrede Churchills am 11. Mai 1953 haben aus der westlichen Welt immer wieder gewichtige Stimmen gefordert, Lösungen dieses Problems in Europa zu suchen, die für alle Beteiligten erträglich erscheinen. Wohlgerne für alle Beteiligten, denn das Sicherheitsproblem besteht nicht nur aus dem Sicherheitsverlangen der Sowjetunion, sondern auch aus dem Sicherheitsbedürfnis Westeuropas und Deutschlands. Im Umkreis der Berliner Konfe-

renz spricht man von der Möglichkeit eines westlichen Sicherheits- und Garantievorschlages. Ob solche Versuche fruchtbar sein können, hängt zwar nicht ausschließlich, aber entscheidend von den Sowjets ab. Ihre Politik seit 1945 ist Ursache allgemeiner Unsicherheit in Europa, die Ursache — um es mit den Worten des amerikanischen Außenministers Dulles ganz deutlich zu sagen — der Angst in Westeuropa und in Deutschland, vom militanten Kommunismus geschluckt zu werden. Herr Molotow ist der Frage ausgewichen, ob er die Sowjetzone für freie Wahlen und eine echte gesamtdeutsche Regierung freizugeben bereit ist, wenn das Sicherheitsproblem gelöst wird. Aber es ist durchaus denkbar, daß nunmehr die Westmächte auf der Konferenz diese Frage unausweichlich stellen und damit die Sowjets an den Kern des Problems zwingen. Das könnte sehr zur notwendigen Klärung der Situation beitragen.

Um Molotows europäischen Sicherheitsplan richtig zu beurteilen, muß man feststellen, warum ein starkes Sicherheitsbedürfnis in Europa besteht. Die Sowjets haben ihrerseits immer wieder erklärt, sich von den USA - Stützpunkten, von NATO und EVG bedroht zu fühlen. Ob das tatsächlich stimmt oder ob das nur ein pazifistischer Vorwand ist, um ein unpazifistisches Vordringen nach Westeuropa zu erleichtern, braucht hier nicht untersucht zu werden. Immerhin kann sich doch derjenige am allerwenigsten bedroht fühlen, gegen den sich seit Kriegsende keinerlei neue Aggressionen gerichtet haben.

Umgekehrt ist es aber so, daß alle blutigen wie unblutigen Aggressionen seit 1945 von dem sich jetzt auch so bedroht fühlenden Weltkommunismus inszeniert worden sind. Das Sicherheitsbedürfnis Westeuropas, das genau in der gleichen Weise im freien Deutschland und im freien Berlin besteht, ist eine direkte Folge jener politischen und militanten Aggression, die nicht erst in jüngster Zeit Korea

Dokument der Zone

Berlin (Eigenmeldung). In der Landesbildstelle wurde vor in- und ausländischen Korrespondenten ein Originalfilmstreifen über die gegenwärtigen Lebensverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone gezeigt. Es handelt sich um ein Material, wie es bisher noch nie die Öffentlichkeit außerhalb des Eisernen Vorhangs zu sehen bekommen hat, um Aufnahmen einer Schmalfilmkamera, die einen erschütternden Gegensatz bilden zu den (ebenfalls gezeigten) bombastischen Vorspiegelungen der DEFA - Wochenschauen.

Die politische Zwangsschulung der Erwachsenen, die innere und äußere Verkommenheit der Jugend, die von Monumentalbildern der Parteigötter verunzierten Straßen, die von ihren Besitzern verlassenen, immer mehr verfallenden Bauernwirtschaften; das alles wird zu einem Dokument, zu einem Hilferuf an die Menschheit.

Sicherheit?

und Indochina erleben müßten, sondern gleich bei Kriegsende alle Länder des Ostblocks, das unglückliche Mitteldeutschland eingeschlossen. So gesehen ist es wirklich von den westeuropäischen Ländern zuviel verlangt, wenn sie von Molotow aufgefordert werden, alle eigenen Verteidigungsmaßnahmen aufzugeben und mit denen zu paktieren, die durch ihr aggressives Handeln die Unsicherheit bewirkt haben. Militärisch gesehen bedeutet das doch, daß Westeuropa auf seinen bisher wirksamsten Schutz, die amerikanische Verteidigungsunterstützung, verzichten soll, um sich damit an den schwer bewaffneten Sowjetblock anzulehnen.

Was den Satellitenländern aufgezwungen wurde, sollen die Westeuropäer also freiwillig auf sich nehmen.

Wenn Molotow gegen beabsichtigte militärische Gruppierungen redet, so weiß jeder, daß der Ostblock heute die einheitlichste, größte und engste militärische Gruppierung darstellt, die es gibt.

Der rote Handel

Umfangreiche Warenlisten - Aber die Lieferfähigkeit?

Der rote Handel lockt heute wieder. Das hat er in den letzten Jahren schon häufiger getan, ohne daß den großen Worten auch entsprechende Taten gefolgt wären. Erinnerung sei an manche ausländische Delegation, die voller Hoffnungen auf große Abschlüsse Moskau besuchte und später ziemlich enttäuscht wurde.

Auch jetzt wurden mit zahlreichen Ländern Westeuropas Handelsabkommen geschlossen, deren Einhaltung man abwarten muß. Die Berliner Konferenz wird ebenfalls dazu benutzt, für den Handel mit der Sowjetunion und allen Satellitenstaaten die Propagandatrommel zu rühren. Molotow winkte erst vor wenigen Tagen mit vielen Milliarden, die „Tägliche Rundschau“ ergänzte ihn, indem sie von den 800 Millionen Menschen sprach, die, selbstverständlich durch die Schuld der Amerikaner, heute abgeschlossen vom Weltmarkt sind, die aber alles aufnehmen könnten, was der Westen im Übermaß produziert.

Malenkov proklamierte schon vor einiger Zeit die Ausweitung des Handels mit den kapitalistischen Ländern. Genau wie jeweils vor oder während der Interzonenhandels-Verhandlungen werden die Liefermöglichkeiten der Sowjetunion erheblich übertrieben. Nach Abschluß der Verhandlungen stellte sich im Interzonenhandel heraus, daß weder im Osten die Lieferbereitschaft vorhanden war, die man behauptet hatte, noch auch im Westen die Aufnahmewilligkeit vieler Produkte, die hier besser hergestellt werden können. So ist es auch manchem Ausland gegangen, das mit der Sowjetunion Verträge abschloß. Die Tatsache, daß die Sowjetunion einen großen Teil ihrer Einkäufe in den letzten Monaten durch Goldabgaben bezahlt hat, spricht nicht gerade für die Lieferfähigkeit in Waren oder dafür, daß sie passende Produkte zu liefern hätte. Die Bezahlung in Gold spielt auch bei den Handelsvertrags-Vereinbarungen eine Rolle. Wie groß aber die Goldquelle des Kremls ist, weiß man nicht.

Die Sowjetunion, verfolgt vermutlich den Zweck, die unverminderten Gegensätze, wie sie sich auf der Berliner Konferenz wieder gezeigt, durch großartige Handelsangebote zu

verwischen, von denen man noch gar nicht weiß, wie sie sich auswirken. Die sowjetischen Liefermöglichkeiten sind begrenzt, zumal die früheren großen Nahrungsmittelüberschüsse nicht mehr vorhanden sind.

Belgiens Senat billigt EVG-Vertrag

Brüssel (AP/DPA). Der EVG-Sonderausschuß des belgischen Senats hat mit 27 gegen 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Ratifizierung des EVG-Vertrages zugestimmt. Zuvor war ein sozialistischer Antrag, die Abstimmung bis nach dem Ende der Berliner Konferenz zu vertragen, abgelehnt worden. Der EVG-Vertrag, der vom Parlament bereits gebilligt wurde, wird nun dem Senat zur Abstimmung über die Ratifizierung vorgelegt werden.

Längere Dienstzeit

Oslo (DPA). Die Verlängerung der Dienstzeit von zwölf auf sechzehn Monate will die norwegische Regierung dem Parlament vorschlagen.

Für gute Zusammenarbeit

Bonn (DPA). Der zu einem zehntägigen Besuch in der Bundesrepublik eingetroffene kanadische Ministerpräsident Louis Stephen St. Laurent sprach sich vor der Presse für eine gute Zusammenarbeit zwischen Kanada und Deutschland aus. Zuvor war er von Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Dr. Adenauer empfangen worden.

St. Laurent hat eine Weltreise begonnen und wird von seiner Tochter, seinem Sohn und mehreren hohen Beamten begleitet. Er bezeichnete sich als Botschafter des guten Willens. Mit seinem Aufenthalt in Deutschland, dessen Wiederaufbau und geistige Erneuerung ihn stark beeindruckte, habe ein neues

Bundeskanzler

Dr. Adenauer kommt nach Berlin

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer wird voraussichtlich Anfang nächster Woche nach Beendigung der Viererkonferenz nach Berlin fliegen. Man erwartet, daß er in Berlin den Standpunkt der Bundesregierung zum Ausgang der Konferenz bekanntgeben wird. In einer Ansprache wird er sich in besonderer Weise an die Sowjetzonenbevölkerung wenden.

Kapitel in den kanadisch-deutschen Beziehungen begonnen.

Der Ministerpräsident kündigte an, daß die beiden einzigen von kanadischen Gerichten wegen Kriegsverbrechen verurteilten deutschen Soldaten, der Oberbefreite Neitz und der ehemalige Panzergeneral Meyer, „in sehr kurzer Zeit“ in Freiheit sein würden.

Symbol der Freiheit

Washington (KNA). Als ein „Symbol des Glaubens und der Freiheit für unsere Zeit“ bezeichnete Präsident Eisenhower das Beispiel Kardinal Mindszents und der zahlreichen übrigen Opfer der kommunistischen Verfolgung. Anlässlich des 5. Jahrestages der Verurteilung des Primas von Ungarn richtete Eisenhower einen Brief an den Präsidenten der „Union Katholischer Organisationen zur Befreiung Kardinal Mindszents“. „Wir, die wir in der freien Welt leben“, so schreibt Eisenhower, „haben den verurteilten Kardinal nicht vergessen.“ Der Schlag, der gegen den Primas geführt wurde, richtete sich vor allem gegen die Freiheit der Religion.

Missionare ausgewiesen

Vatikanstadt (DPA). In China sind von den einst fünfeinhalbtausend ausländischen katholischen Missionaren kaum mehr als vierhundert übriggeblieben, wie die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ berichtet.

Vernichtet, geplündert, abtransportiert . . .

Verluste der Museen und Kunstsammlungen in der Sowjetzone (II)

Museen, die einst weltbekannte Kunstwerke und Kulturschätze bargen, sind heute in der Sowjetzone ihres wertvollsten Besitzes beraubt. Ein Teil enthält noch Reste der alten, großen Sammlungen, ein anderer Teil behielt nicht ein einziges nennenswertes Ausstellungsstück. Kriegsschäden, aber weit mehr noch die Plünderungen der Nachkriegszeit haben hier wertvollste Kulturgüter vernichtet. Der folgende Artikel stützt sich auf eine Zusammenstellung der Kunstverluste in der Sowjetzone, die vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegeben wurde.

Potsdam

STADTSCHLOSS. Beim Brande im April 1945 blieben die Fassaden im wesentlichen erhalten. Der Hauptbestand der Bibliothek und die ausgelagerten Gemälde ersten Ranges liegen in Wiesbaden. Ein erheblicher Teil der Bilder und die nach Babelsberg verbrachten kostbaren friderizianischen Möbel wurden jedoch von den Sowjets abtransportiert.

SANSSOUCI hat den Krieg mit leichten Beschädigungen überlebt. Hauptverlust ist der teilweise Abtransport des friderizianischen Mobiliars. Die Hälfte der Gemälde ist in Wiesbaden gerettet, die andere Hälfte wurde abtransportiert. Die Bildergalerie von Sanssouci wurde durch Abtransport des größten Teils des Bestandes und der Möbel sehr schwer in Mitleidenschaft gezogen. Auch von den in den Neuen Kammern eingelagerten Kunstwerken transportierten die Sowjets erhebliche Teile ab.

NEUES PALAIS. Während der Krieg das Gebäude selbst nur leicht beschädigte, wurde die Einrichtung von Erd- und Hauptgeschoß fast ganz abtransportiert. In Wiesbaden sind besonders wertvolle Stücke der Gemäldesammlung und die Bibliothek erhalten.

MARMORPALAIS. Unter Friedrich Wilhelm II. durch Gontard erbaut, diente es 1945 vor seiner Rückgabe an die Schloßverwaltung als sowjetisches Offizierskasino. Von den während des Krieges nach Kospoda ausgelagerten Möbeln ist bisher nichts bekannt.

CHARLOTTENHOF. Auch hier entstanden durch Abtransporte von Möbeln, Vasen und anderen Gegenständen Verluste.

Dresden

SKULPTURENSAMMLUNG.

Sie besaß Weltruf. Im Albertinum an der Brühlschen Terrasse aufgestellt, gab sie einen umfassenden Überblick über die Geschichte der Bildhauerei von den Anfängen Ägyptens bis zur Gegenwart in etwa 6000 Originalen und 4000 Abgüssen. 60 Prozent der Sammlung antiker Großplastik, d. h. 257 Stücke von insgesamt 427, wurden von den Sowjets abtransportiert. Die antike Kleinkunst (rund 5000 Objekte) war in 30 Kisten auf Burg Kriebstein eingelagert; die sowjetische „Trophäenkommission“ verschleppte sie mit unbekanntem Ziel. Von den rund 500 neueren Skulpturen verschwand fast die gesamte moderne Kleinplastik, außerdem sämtliche Werke neuerer französischer Bildhauer.

GEMÄLDEGALERIE. 2855 Objekte alter Meister besaß die Gemäldegalerie. Davon wurden 1560 Gemälde abtransportiert, und zwar alle Hauptwerke und der überwiegende Teil der wertvolleren Bilder. Aus der Modernen Galerie (643 Bilder) nahm die „Trophäenkommission“ fast die gesamte französische Malerei mit.

KUPFERSTICHKABINETT. Seine überaus wertvollen und umfangreichen Bestände (mehrere hunderttausend Blatt) waren im Kriege nach Schloß Weesenstein ausgelagert worden und fielen dort zum größten Teil mitsamt der Bibliothek den Sowjets in die Hände. Die verbliebenen Reste wurden auch noch durch Plünderungen dezimiert.

DIE MÜNZSAMMLUNG war eine der bedeutendsten Sammlungen dieser Art in Deutschland. Gesamtbestand etwa 152 000 Stück. Die Sowjets

schütteten die ausgelagerten Bestände lose in Behälter und transportierten sie ab.

HISTORISCHES MUSEUM.

Es war eine umfangreiche Waffen-, Kostüm- und Uniformsammlung. Ihr größter Teil war auf Feste Königstein geborgen und wurde dort von den Sowjets abtransportiert.

DAS GRÜNE GEWÖLBE, eine der reichsten Sammlungen des Kunstgewerbes der Renaissance- und Barockzeit. Der Gesamtbestand war während des Krieges auf die Feste Königstein gebracht worden. Dort wurde er am 14. Mai 1945 von der „Trophäenkommission“ besichtigt und wenige Tage später ausnahmslos abtransportiert.

Weitere Sammlungen in der Sowjetzone

LEIPZIG: Das Museum der Bildenden Künste (1200 Gemälde und 128 Bildhauerwerke), verlor jedoch das Wertvollste (etwa 130 Bilder) durch Abtransporte. Die gesamte Ornamentstichsammlung und ein Teil der Bibliothek des Kunstgewerbe- oder Grassi-Museums wurde ebenfalls von der Besatzungsmacht weggeführt; Kriegseinwirkungen und Plünderungen verursachten ihrerseits großen Schaden. Ein Fünftel der Ägyptischen Sammlung der Leipziger Universität fielen den Sowjets in die Hände. Die Münzsammlung der Universität wurde geschlossen deportiert.

DESSAU: Ein großer Teil der Anhaltischen Gemäldegalerie wurde von der Besatzungsmacht abtransportiert.

GOTHA: Ein Teil der beachtlichen Gemäldegalerie, viele Teile der kunstgewerblichen Abteilung, die meisten Stücke der Antikensammlung und die gesamte Münzsammlung fielen dem Abtransport zum Opfer; jedoch konnten einige wertvolle Bestände nach Westen gerettet werden.

WÖRLITZ: Aus der Gemäldesammlung des Gotischen Hauses im Wörlitzer Schloßpark entnahmen die Sowjets 80 namentlich bekannte Gemälde.

Britischer Soldat wollte nach Pankow

Von Vopo verhaftet — Acht Monate in der Zone festgehalten

Berlin (Eigenbericht). Der 26-jährige britische Soldat Hughes Sharp hatte sich vor einem Militärgericht in Spandau wegen Fahnenflucht zu verantworten. Er wurde von dieser Anklage freigesprochen und erhielt lediglich 56 Tage Haft wegen des Verlustes seiner Uniform.

Die Vorgänge, die zu dieser Gerichtsverhandlung führten, schildert Sharp folgendermaßen: Im April vergangenen Jahres erhielt er von seiner damals in Osnabrück stationierten britischen Einheit Urlaub, um seine ebenfalls dort lebende deutsche Verlobte Anna B. nach Berlin zu bringen. Anna B. habe noch einmal ihre Heimatstadt besuchen wollen, ehe sie nach der Heirat nach England übersiedelte. Am 3. Mai, zwei Tage vor Ablauf seines Urlaubs, sei er allein nach Pankow (Ostsektor) gefahren, um seine dort wohnende Schwiegermutter zu besuchen. Seine Verlobte habe ihn auf diesem Weg nicht begleiten können. Kurz nachdem Sharp die U-Bahn-Station verlassen hatte, wurde er, wie er aussagte, von Volkspolizisten angehalten, festgenommen und zur nächsten Polizeistation gebracht. Obwohl er die britische Uniform trug und seinen Urlaubsschein vorzeigte, hätten die Volkspolizisten seinen Angaben keinen Glauben geschenkt und bezweifelt, daß er ein britischer Soldat sei. Sharp wurde einer Leibesvisitation unterzogen und dann zu einer sowjetischen Dienststelle gebracht, wo er 28 Stunden lang in Einzelhaft gehalten wurde.

Der britische Soldat wurde nach seinen Angaben unter strenger Bewachung zunächst nach Potsdam und später nach Dresden transportiert, wo er etwa sechs Wochen, zusammen mit einem anderen britischen Soldaten, im Gefängnis saß. „Ich hatte Angst, sie würden mich nicht mehr freilassen“, sagte Sharp vor Gericht aus. Ein englisch sprechender Russe, der sich „George“ nennen ließ und der vermutlich Leiter der sowjetischen Geheimpolizei in Dresden sei, habe ihm dann vorge schlagen, nach Bautzen zu gehen und dort zu arbeiten. Sharp

sagte, er sei zum Schein auf dieses Angebot eingegangen, um die nächste sich bietende Möglichkeit zur Flucht zu nutzen.

Insgesamt habe er dreimal vergeblich versucht, von Bautzen aus zu entkommen. Nach seinem zweiten Fluchtversuch sei er von einem sowjetischen Gericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. In Bautzen habe er die dort eingerichtete Schule für Ausländer besuchen müssen. Der Lehrplan habe als Hauptfach „Gesellschaftswissenschaften“ vorgesehen.

Erst am 15. Januar dieses Jahres sei es ihm geglückt, mit dem Zug Ostberlin zu erreichen. Sein erster Weg habe ihn zu seiner Verlobten geführt, die in Charlottenburg wohnt. Auf seine Bitte hin habe seine Verlobte dann die Polizei benachrichtigt, die ihn den britischen Behörden übergab.

Keine Aussichten für die FDJ

Berlin (Eigenmeldung). Aus dem Zentralrat der FDJ wird bekannt, daß die ursprünglich vorgesehene Absicht, FDJ-Aufklärer nach Westberlin zu schicken, um die Westberliner Bevölkerung über die „Möglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands“ aufzuklären, aufgegeben wurde. Begründet wurde diese Maßnahme mit „mangelnder Erfolgsaussicht“.

Treffen aus Ost und West

Berlin (DPA). 20 evangelische Pfarrer aus dem Bundesgebiet und ebenso viele Geistliche aus der Sowjetzone trafen sich kürzlich in Berlin zur ersten der sogenannten „Berliner Bibelwochen“. Diese Zusammenkünfte gehen auf einen Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche der Union zurück.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgersdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten.

1. H a r t z, Kurt, etwa 55 Jahre alt, wohnhaft in Ilmenau, Krs. Arnstadt, Bahnhofstr. 31, Mitgl. d. SED u. SED-Funktionär. Ist verdächtig der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst.
2. K l e m k e, Richard, etwa 40 Jahre alt, wohnhaft gewesen in Keez, Krs. Wismar, und jetzt wohnhaft in Zahrendorf, Krs. Wismar, Mitgl. d. SED u. d. FDJ und mehrfacher Funktionär, Leiter eines Schulbezirks. Ist verdächtig, Denunziationen unmitttelbar oder über Dritte an die VP oder an den SSD zu geben.
3. K n o l l, Erich, etwa 35 Jahre alt, wohnhaft in Blankenburg, Krs. Angermünde, Mitgl. d. SED u. SED-Funktionär, früher Mitgl. d. CDU gewesen, tätig als Landarbeiter. Ist verdächtig, Denunziationen an die VP zu geben.
4. K o c h, Gerhard, etwa 35 Jahre alt, wohnhaft in

Eisfeld, Krs. Hildburghausen, Mitgl. d. KPD/SED u. danach der CDU gewesen und z. Zt. parteilos, von Beruf Radiomeister.

5. K ö r p e r, Dr. phil., Siegfried, etwa 39 Jahre alt, wohnhaft in Leipzig, Menckestraße, gibt sich als Beauftragter des Inf.-Büros Berlin oder als Beauftragter der Sovexport-Film aus.
6. K o u t, Guido, etwa 45 Jahre alt, wohnhaft in Ilmenau, Krs. Arnstadt, Mitgl. d. SED, zuletzt tätig gewesen bei VVB Glas u. Keramik als Hauptdirektor. Ist insbesondere verdächtig, mit der fr. Leiterin des SSD in Arnstadt, der Frau Georgius, eng zusammengearbeitet zu haben.
7. K o w a l e w s k i, Dr. med., Frau, Ärztin, etwa 40 Jahre alt, wohnhaft in Ruhla, Krs. Eisenach, Mitgl. d. SED. Ist verdächtig, Denunziationen an die VP oder den SSD zu geben.

KLEINER Konferenz-Bilderbogen



Neue Molotow-Erklärung: „Alte Lieder, traute Weisen“

Nur flüstern . . .

Kleiner Irrtum

Als Stalin gestorben war, wunderte er sich selbst darüber, daß er sofort durch die große Himmelspforte eingelassen wurde. Petrus selbst wies ihm gleich die Abteilung, in die er gehen sollte.

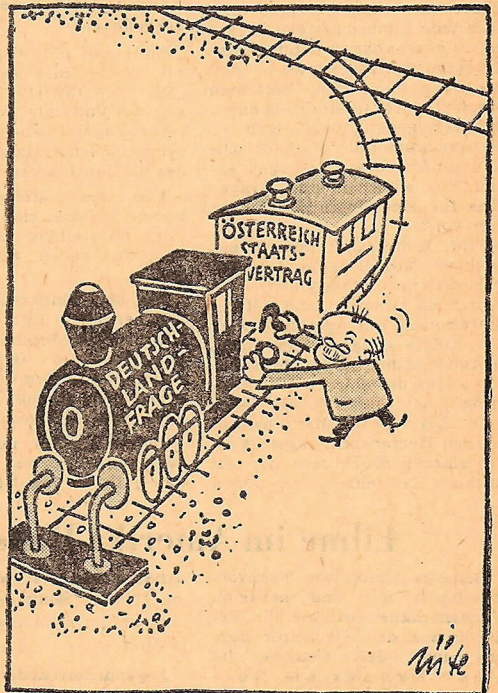
Stalin war begeistert. Überall gab es dort rote Fahnen und Transparente und es wurde das Lied gesungen: „Die Partei hat immer recht!“ Zwei Tage später begann Stalin sich zu ärgern, weil es nichts zu essen gab. Er beschwerte sich. Da bekam er ein großes Plakat, auf dem stand: „In dieser Abteilung gibt es die beste Verpflegung. Wir danken unserem Abteilungsleiter.“ Dieses Plakat mußte Stalin herumtragen. Zu essen bekam er nichts.

Lief er empört zu Petrus. „Der Himmel soll das sein? Die Hölle ist das!“ schrie er.

Lächelte Petrus: „Aber nein, die gibt es nicht mehr! Seit du regiert hast, haben wir den Teufel wegen Unfähigkeit entlassen und die Hölle geschlossen. Wir haben statt dessen hier eine „Abteilung Volksdemokratien“ eingerichtet — und da bist du.“



„Helm ab, wir machen ein Sicherheitsabkommen“



Der neue „Anschluß“!

Röntgen-Film rettet Menschen

Fortschritte der Herz-Chirurgie

Die technische Vervollkommnung der Röntgenkinematographie war Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Herzchirurgie; die verbesserte Röntgendiagnostik durch den Film brachte dem Chirurgen entscheidende Hilfe; im bewegten Röntgenfilmbild lassen sich Fehlbildungen in der Funktion des Herzens so genau feststellen, daß der chirurgische Eingriff danach um so sicherer vorgenommen werden kann.

Das war die Quintessenz einer Vortragsveranstaltung über „Ergebnisse der Röntgenkinematographie in Berlin“, auf der Prof. Dr. E. Gohrbrandt, Dr. J. Metzner und Dr. H. Westerkamp sprachen. Dank der Zusammenarbeit dieser drei Fachleute konnte eine besonders konstruierte Röntgenkamera entwickelt werden, mit der man einen sechs Meter langen Film mit einer Laufzeit von zehn Sekunden aufnehmen kann, der eine Diagnose des erkrankten Herzens in einer Vollkommenheit zeigt, wie sie bis dahin ohne Beispiel war.

Die vorgeführten Röntgenfilme wirkten auch auf den Nichtmediziner verblüffend. Jede Phase der Herztätigkeit und auch jede Funktionsstörung sind genau erkennbar, besonders eindrucksvoll wirkt es auch, daß der Weg eines dem Patienten injizierten Kontrastmittels durch das Herz genau zu verfolgen ist. So beantwortet der diagnostische Röntgenfilm dem Chirurgen genau die entscheidende Frage: Was für eine Fehlbildung liegt hier vor?

Prof. Gohrbrandt vom Krankenhaus Moabit, eine der drei chirurgischen Stationen, in denen in Deutschland Herzoperationen durchgeführt werden, zeigte einige seiner Herzoperationsfilme. Es handelte sich vor allem um chirurgische Eingriffe bei angeborenen, aber auch bei erworbenen mechanischen Herzerkrankungen. Früher starben 85 Prozent der mit solchen Herzfehlern geborenen

Kinder bis zum zwölften Lebensjahr; durch die Fortschritte der Herzchirurgie ist es gelungen, diese Sterblichkeit auf 15 Prozent herunterzudrücken.

Altdeutsche Kunst in Dahlem

Das Museum Dahlem hat eine Sonderausstellung unter dem Motto „Altdeutsche Malerei und Plastik“ eröffnet. Berlin kann glücklich sein, damit Hauptwerke altdeutscher Malerei wieder zu erhalten. Mehrere bekannte Bilder, die bei der ersten Ausstellung der altdeutschen Meister nicht mitgekommen waren, seien hier besonders hervorgehoben.

Zunächst ein seltenes österreichisches Bild der Spätgotik „Der tote Christus“, dem Meister der Votivtafel von St. Lambrecht zugeschrieben, dem führenden Wiener Maler im Anfang des 15. Jahrhunderts.

Von dem älteren Cranach kommt diesmal eine kleine, pretiöse Darstellung einer „Lucretia“, aus seiner Spätzeit, nach Berlin.

Von dem jüngeren Cranach ist das berühmte Bild „Der Jungbrunnen“ wiedergekommen. Ein unterhaltendes Gemälde, geschaffen aus dem Geiste einer neuen Zeit, obwohl altdeutscher Phantasie noch verbunden.

Schließlich sei noch auf das bedeutende Porträt des jungen Georg Giske von Hans Holbein

Avusrennen im September

Die Durchführung des Avusrennens im September ist praktisch gesichert. Das ist das Ergebnis von Besprechungen, die in Bonn zwischen Vertretern des Bundesverkehrsministeriums und der Berliner Senatsbauverwaltung geführt wurden. Die Vorbereitungen hätten aber nicht termingerecht abgeschlossen werden können, wenn das Rennen, wie ursprünglich geplant, im Mai gefahren worden wäre.

d. J. hingewiesen, ein kulturhistorisch wie künstlerisch interessantes Werk des Meisters,

Neuer Tauchrekord

Zwei französische Marineoffiziere haben im Südatlantik mit einem Tauchgerät vom Typ „Bathyscafe“ einen neuen Weltrekord im Tiefseetauchen aufgestellt. Mit einer Tiefe von 4050 Metern brachen sie den von dem Schweizer Professor Auguste Piccard und seinem Sohn Jacques im letzten Oktober aufgestellten Rekord von 3150 Metern.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfparkplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.